

Seniorenbeirat mit neuer Satzung

Der Seniorenbeirat hat in seiner August-Sitzung den vom Seniorendezenat ausgearbeiteten Entwurf einer neuen „Satzung für den Seniorenbeirat“ – bis auf zwei kleinere formelle Änderungen – in der vorliegenden Form einstimmig angenommen. „Das freut mich und zeigt mir, dass wir den Entwurf gut vorbereitet haben“, meinte Seniorendezenantentin Prof. Dr. Daniela Birkenfeld im Anschluss an die Abstimmung. Jetzt muss der Entwurf noch mehrere Ausschüsse passieren, bevor sich die Stadtverordnetenversammlung abschließend damit befassen wird.

Auch die Satzungskommission war fleißig. Zur Diskussion hatte sie alle Änderungsvorschläge der Ortsbeiräte und Fraktionen in einer Stellungnahme zusammengefasst. Darüber wurde nun in der Sitzung beraten und abgestimmt. Diskussionsbedarf gab es bei einer Anregung, die die Vertreter aus dem Ortsbeirat 3 eingebracht hatten. Nach der neuen Satzung sollen künftig die Sitzungen des Seniorenbeirats öffentlich sein. Daher hatte sich Hans-Joachim Habermann (Ortsbeirat 3) dafür eingesetzt, dass Gäste künftig ein Rederecht haben. „Es ist wichtig, dass sich Gäste an der Diskussion beteiligen können. Das ‚Wie‘ wäre dann in der Geschäftsordnung zu regeln“, argumentierte Habermann.

Rederecht umstritten

Doch seine Auffassung stieß im Seniorenbeirat auf breite Ablehnung. „Wenn ein allgemeines Rederecht für Gäste eingeführt wird, bestimmen diese den Ablauf der Sitzung. Das kann nicht in unserem Sinne ein. Auch bisher wurde in Einzelfällen und bei Bedarf den Gästen ein Rederecht eingeräumt“, so Bernd-Dieter Serke (6). Eine Position, die auch weitere Mitglieder wie Norbert Emde (13), Volker Zimmer (8) oder Heinrich

Trosch (4) in ihren Wortmeldungen teilten. Rundweg abgelehnt wurde der Änderungsantrag der Fraktion BFF. In ihm ging es im Wesentlichen um die künftige Ausgestaltung der Presse- und Öffentlichkeitsarbeit des Seniorenbeirats. Das sei in der neuen Satzung bereits gut geregelt, betonte Seniorenbeiratsvorsitzende Renate Sterzel.

So möchte sich der Seniorenbeirat, sobald er über mehr Gestaltungsspielraum in der Öffentlichkeitsarbeit verfügt, künftig detaillierter mit seinen Anliegen und Anregungen nach außen darstellen und daher auch eine eigene Homepage unterhalten. Einmütig folgte das Gremium einem entsprechenden Antrag von Heinrich Trosch. Dafür konnte passenderweise dann auch noch der richtige Ansprechpartner befragt werden: Stadtrat Jan Schneider, der als zuständiger Dezernent für Bau und Immobilien, Reformprojekte, Bürgerservice und IT erstmalig an einer Sitzung des Seniorenbeirats teilnahm.

Internetauftritt gewünscht

Mit dem Wunsch nach eigener Internet-Präsenz stieß der Seniorenbeirat beim Stadtrat auf offene Ohren. Er sagte zu, die Wünsche und Anregungen des Gremiums auf der neuen städtischen Internetseite zu berücksichtigen. Seit einiger Zeit werde in der Verwaltung am Relaunch des Internetauftritts der Stadt Frankfurt gearbeitet. Der zehn Jahre alte Internetauftritt sei nicht mehr zeitgemäß, unübersichtlich und nicht nutzerfreundlich, führte Schneider aus. Allerdings nehme das in einer Behörde mit 10.000 Mitarbeitern einige Zeit in Anspruch.

Inzwischen eröffne das Internet auch beim Bürgerservice neue Wege. Doch noch seien die Möglichkeiten, was online bereits erledigt und beantragt werden darf, begrenzt. So sei

zum Beispiel alles, was mit Passangelegenheiten zu tun hat, aus gesetzlichen Gründen online untersagt, erläuterte Schneider. Anwohnerparkausweise oder die Jugendferienkarten könnten dagegen schon online beantragt, bezahlt und ausgedruckt werden. Sein Dezernat suche nach weiteren Möglichkeiten, um den Bürgerservice und vor allem das Beantragen von Ausweisdokumenten durch den Einsatz neuer Technologien zu optimieren – auch um Wartezeiten in den Bürgerämtern zu reduzieren. Es gebe zum Beispiel Selbstbedienungsterminals, die schon im Zentralen Bürgeramt an der Zeil und in Höchst aufgestellt sind und stark genutzt werden. Hier können Antragsteller direkt Formulare ausfüllen und ein Passfoto machen. Die Unterlagen werden dann elektronisch und datengesichert an den zuständigen Mitarbeiter übermittelt. Das spart allen Beteiligten Zeit. Um Zeit zu sparen empfiehlt Schneider außerdem, online Termine mit den Bürgerämtern zu vereinbaren oder telefonisch unter 115.

Was das für die älteren Menschen so wichtige Thema „Toiletten im öffentlichen Raum“ angeht, sagte Jan Schneider, hier müsse er noch mit Gründerin Rosemarie Heilig gut überlegen, wo und in welcher Form Toiletten nötig sind.

Zuletzt griff das Gremium eine Initiative von Dr. Sterzel auf. In einem Brief an Bildungsdezernentin Sylvia Weber regt sie an, in einem Programm Zeitzeugen zum Beispiel zum Thema „Meine Jugend in der DDR“ oder auch „Mein Kampf in der BRD gegen den § 218“ in Frankfurter Schulen einzuladen.

Sonja Thelen